

Pressematerial

20 Jahre friedliche Revolution 1989 bis 2009 - Die Sicht der Bürger der neuen Bundesländer -

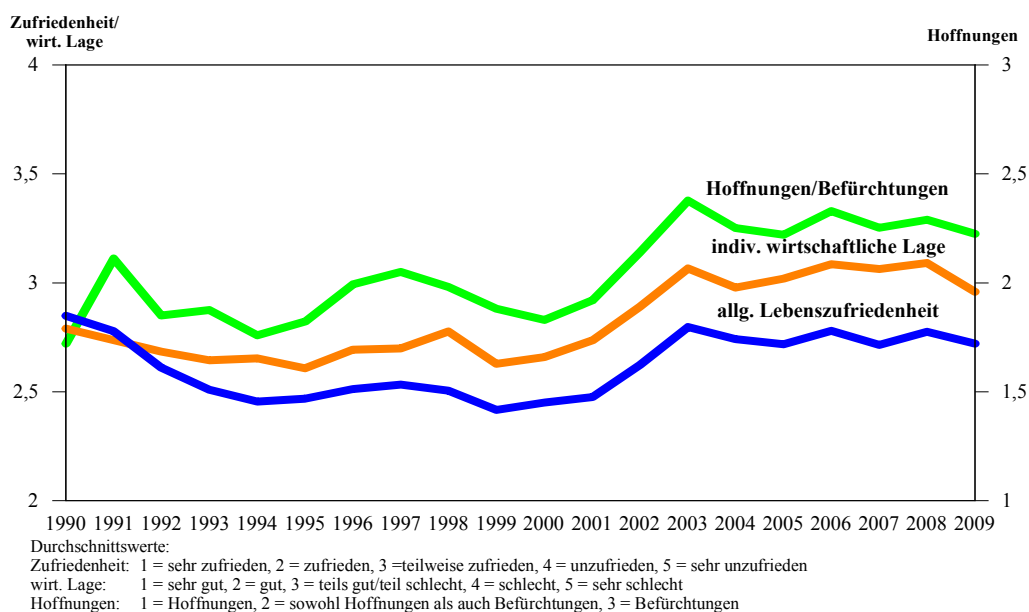
Pressekonferenz der Volkssolidarität Bundesverband e.V. 20.07.2009

Die im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband erstellten und vorgelegten Ergebnisse sollen aus Sicht der Bürger der neuen Bundesländer - insbesondere jener, welche die Zeit des friedlichen Auf- und Widerstandes und der Jahre vor 1990 aus eigenem Erleben kennen und heute 35 Jahre und älter sind - die in den vergangenen 20 Jahren vollzogenen Veränderungen in den Befindlichkeiten sowie positive und kritische Bewertungen der Bürger zu den Ergebnissen der friedlichen Revolution darstellen. 20 Mal wurden nach dem Mauerfall jährlich rd. 1.500 Bürger der neuen Länder zu ihrer sozialen Lage sowie spezifischen Problemsituationen befragt. Die in der vorliegenden Ausarbeitung verwendeten Daten für 2009 basieren auf der 20. Welle der genannten Erhebung (1.920 Befragte) und sind - ebenso wie die Daten seit 1990 - repräsentativ für die neuen Bundesländer inkl. Ostberlin.

Übergreifend wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2009 im Wesentlichen vier unterschiedliche Phasen aufweist:

- einen starken Zugewinn an sozialer Zufriedenheit - d.h. allgemeiner Lebenszufriedenheit, steigenden Hoffnungen und Zunahme positiver Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - im Zeitraum 1990 bis 1995, beruhend auf den raschen, spürbaren Veränderungen des täglichen Lebens (Angleichungsphase). Überwindung der Arbeitslosigkeit und noch nicht erreichte völlige Angleichung der Lebensverhältnisse werden als kurzzeitig zu überwindende Aufgabe angesehen;
- relative Stabilisierung der sozialen Entwicklungen und erfolgten Bewertungen auf dem bis 1995 erreichten Niveau im Zeitraum 1996 bis 1999 und damit verbundenen sinkenden Hoffnungen auf rasche Angleichung (Stabilisierungsphase).

Abbildung 1: Hauptaussagen zur sozialen Lage - Durchschnittswerte - 1990 bis 2009 -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

- Im Zuge des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten "Reformwerkes" (Agenda 2010, Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarktreformen) sowie der Euro-Umstellung erfolgt zwischen 2000 und 2003 eine rasche Abnahme sozialer Zufriedenheit gepaart mit steigenden Befürchtungen auf die Zukunft (Abschwungphase).
- Seit 2004 folgen wechselnde, jeweils gering zunehmende bzw. abnehmende Bewertungen sozialer Entwicklungen mit einem insgesamt stagnierenden zum Teil vorhandene Ungleichheiten erweiternden Angleichungsprozess (Stagnationsphase).

Im Jahre 2009 waren in den neuen Bundesländern 4 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 40 % zufrieden, 38 % teilweise zufrieden, 13 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Insbesondere in den Jahren 2002 und 2003 traten deutliche "Zufriedenheitsverluste" in allen Bevölkerungsgruppen auf. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 werden die "Aktivitäten" der Bundesregierung, z.B. durch verkündete Rentenerhöhung und Schutz bei Arbeitslosigkeit (Kurzarbeitergeld), "honoriert". Aber es gilt nach wie vor, dass es insgesamt "die" unzufriedenen Ostdeutschen nicht gibt.

Bezogen auf die Entwicklung seit 1990 sind darüber hinaus charakteristisch und die Gesamtbewertung beeinflussend:

- eine relativ übereinstimmende Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen Frauen und Männern;
- deutliche Zufriedenheitsverluste in allen Altersgruppen unter 60 Jahren zwischen 2000 und 2005 (Arbeitsmarkt-reform) und seit 2005 bei den Bürgern ab 60. Lebensjahr (Renten-/Gesundheitsreform) mit einem deutlichen Ein-schnitt seit 2003 (Nullrunden);
- ein erkennbarer Zufriedenheitsrückgang bei Arbeitslosen/in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätigen mit Wirksamwerden der Arbeitsmarktreform (Hartz);
- überdurchschnittlich bessere Bewertungen bei Hochschulabsolventen und Bürgern mit hohem Familieneinkommen.

Tabelle 1: Zufriedenheitsbewertungen nach sozio-demografischen Gruppen im zeitlichen Vergleich - neue Bundeslän-der - 1990 bis 2009 - in Prozent - (nur Antwort: "sehr zufrieden"/"zufrieden")

	ins-gesamt	Geschlecht		Altersgruppe				Erwerbsstatus		Qualifi-kation	Haushalts-nettoein-kommen über 2.500 Euro
		weiblich	männlich	18 - 39 Jahre	40 - 49 Jahre	50 - 59 Jahre	60 Jahre und älter	erwerbs-tätig	arbeits-los	HS-Ab-schluss	
1990	33	34	32	26	25	41	43	28	36	38	56*
1995	56	57	55	54	52	51	65	60	35	57	66
2000	58	60	56	58	48	54	67	63	31	69	80
2005	46	48	45	41	37	39	65	49	6	63	73
2009	44	45	44	43	39	36	53	45	13	62	76

* 1990 Haushaltsnettoeinkommen über 2.000 Euro (umgerechnet)

Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)



Insgesamt bewertet fast die Hälfte der Bürger in den neuen Bundesländern ihre wirtschaftliche Lage mehrheitlich mit teils gut/teils schlecht (44 %), jeder 3. mit gut/sehr gut (32 %) und jeder 4. (24 %) mit schlecht, sehr schlecht.

Tabelle 2: "Wie bewerten Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?" (ab 18. Lebensjahr) - neue Bundesländer - 1990 bis 2009 - in Prozent* -

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2009
sehr gut	2	3	2	3	1	3	2	2	2	2	2
gut	38	39	43	42	39	44	33	31	24	24	30
teils gut/teils schlecht	43	47	43	40	44	40	42	43	46	45	44
schlecht	16	9	9	12	13	11	17	17	22	22	19
sehr schlecht	2	2	3	3	3	2	5	7	7	7	5

* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 1990-2009 (gew.)

Die Daten belegen eine deutliche Zunahme positiver Wertungen zwischen 1990 und 2000 - ohne Zweifel Resultat der erfolgten Einkommensverbesserungen und der Realisierungsbedingungen für Einkommen. Unverkennbar aber auch eine Zunahme negativer Wertungen nach 2000 - verbunden mit den durch die Sozialreformen erfolgenden Einschnitte.



Mit dem Herbst 1989 begann eine Zeit, in der in der DDR in einem bis dahin nicht bekannten und später auch nicht wiederkehrenden Maße von vielen Bürgern unterschiedlichster sozialer Gruppen Interessen artikuliert und auf demokratischem Wege eingebracht wurden, in der sich Erwartungshaltungen auf progressive Reformen und Veränderungen herausbildeten, die wenig später nur in geringem Maße/kaum Beachtung fanden.

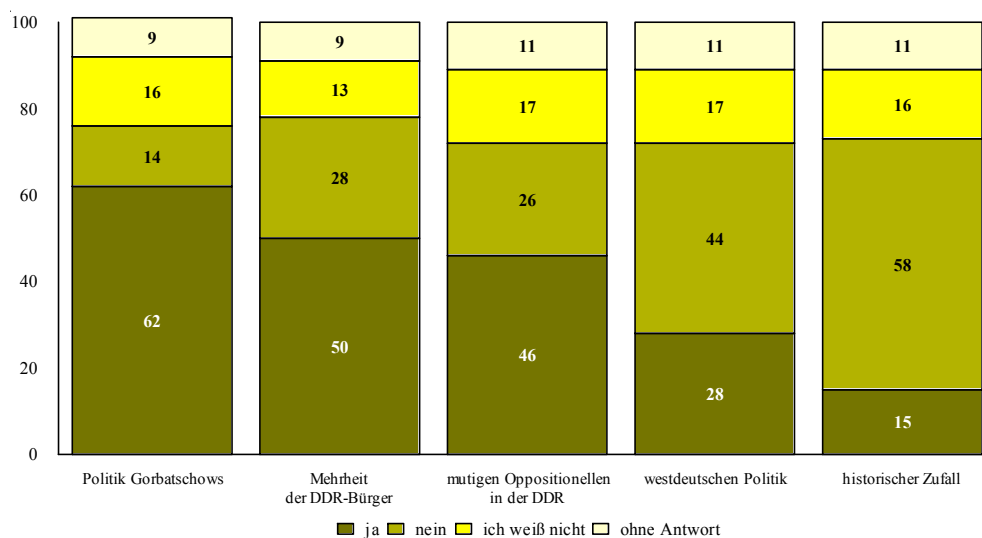
Von den Bürgern der neuen Länder, die heute 35 Jahre und älter sind, haben im Herbst 1989 nach eigenen Angaben 31 % aktiv an Demonstrationen/Protestaktionen der jeweiligen Gemeinde/Stadt teilgenommen, 23 % an Großdemonstrationen bzw. Zentralen Veranstaltungen (insbes. Einwohner in Großstädten wie Berlin/Leipzig usw.) und 14 % in ihren Betrieben. Nimmt man Mehrfachnennungen aus den getroffenen Aussagen heraus, ergibt sich, dass rd. 40 % der Bürger sich aktiv - in unterschiedlichen Formen - an genannten Protestaktionen bzw. an Aktivitäten von neu gegründeten Organisationen (5 %) oder "Runden Tischen" (7 %) beteiligten.

Die erhobenen Daten lassen erkennen, dass die Teilnahme an demokratischen Aktivitäten/Protestaktionen im Herbst 1989

- stark an "höhere" berufliche Bildung gebunden war (47 % der Hochschulabsolventen),
- weniger von Bürgern in kleinen Gemeinden/Orten (24 %) als von in größeren Städten (44 %) bzw. Großstädten (47 %) lebenden Bürgern realisiert wurde,
- von Frauen in geringerem Maße öffentlich artikuliert wurde (32 %) als von Männern (48 %),
- insbesondere von den gegenwärtig 50- bis 60-Jährigen erfolgte.

Die Befragung 2009 ergibt folgende differenzierenden Wertungen der Bürger der neuen Länder darüber, wem die Öffentlichkeit die Leistungen vor allem zuordnet:

Abbildung 2: "Wird die historische Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 heute in der Öffentlichkeit gesehen als Leistung der ...?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -



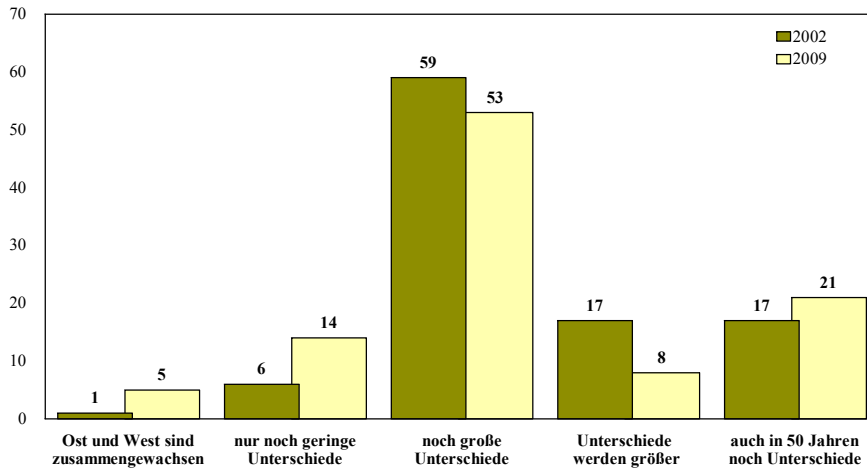
Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

- An erster Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis der Politik Michael Gorbatschows angesehen (62 % ja/ 14 % nein/16 % ich weiß nicht/9 % ohne Aussage bzw. Antwort). Insbesondere Ältere und Hoch- bzw. Fachschulabsolventen unterstützen diese Position.
- Der zweite Rang wird als Leistung der Mehrheit der DDR-Bürger zugeordnet (50 % ja/28 % nein/13 % ich weiß nicht/9 % ohne Antwort).
- An dritter Stelle wird die friedliche Revolution als Ergebnis mutiger Oppositioneller hervorgehoben (46 % ja/26 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort). Hier heben sich insbesondere Mitglieder/Sympathisanten der GRÜNEN (59 %) sowie der SPD (58 %) vom Durchschnitt ab, was auch mit der Entstehungsgeschichte dieser Parteien in der DDR verbunden ist.
- Viertens wird die Rolle der westdeutschen Politik in dieser Phase (Bundeskanzler Helmut Kohl) genannt (28 % ja/ 44 % nein/17 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort), bei überdurchschnittlich positiver Wertung durch die Jahrgänge unter 35 Jahren, was die vorrangig mediale Darstellung reflektiert.
- Für einen historischen Zufall halten es 15 % der Bürger, 58 % wenden sich gegen eine solche Position (16 % ich weiß nicht/11 % ohne Antwort).



Im Vergleich der Bewertungen zur Angleichung der Lebensverhältnisse mit 2002 haben sich die Annahmen zum Teil polarisiert. So ist der Anteil der Bürger, der keine bzw. nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost und West sieht, gestiegen (von 7 auf 19 %) - insbesondere aufgrund der Aussagen von Männern und Bürgern unter 25 Jahren - wie andererseits auch die Auffassung, dass in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede bestehen werden, von 17 % auf 21 % gestiegen ist - im Besonderen durch Arbeitslose und Niedrigverdiener.

Abbildung 3: "Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein?" - neue Bundesländer - 2002 und 2009 - in Prozent -

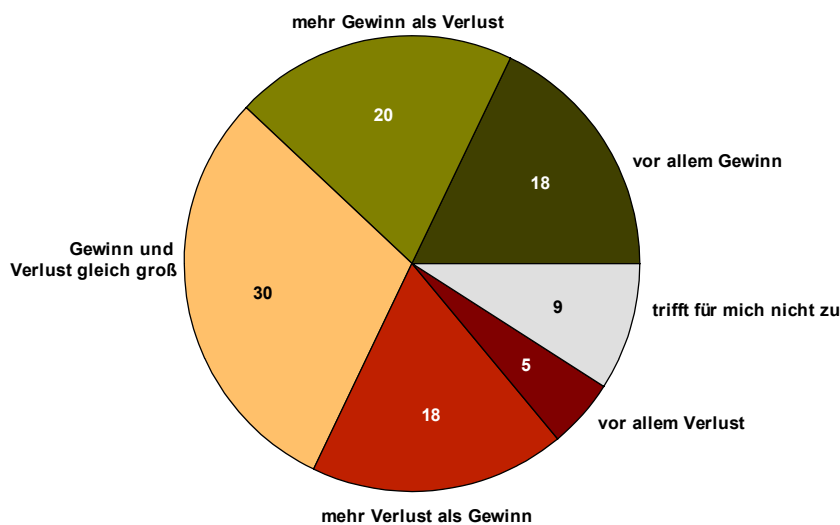


Datenbasis: sfz/leben 2002/2009 (gew.)



Die Bewertung der Ostdeutschen zu individuell erreichten Wirkungen der Einheit manifestiert sich nach wie vor an den Aussagen, dass 38 % der befragten Bürger im Jahre 2009 die Einheit für sich vorrangig als Gewinn bewerten, 30 % für sich sowohl Gewinne als auch Verluste sehen und 23 % den Vereinigungsprozess für sich mit überwiegenden Verlusten kennzeichnen (für 9 % der Befragten trifft die Frage nicht zu - zum Teil jüngere Befragte bzw. aus Westdeutschland Zugezogene, die keine Wertung abgeben).

Abbildung 4: "Sind neunzehn Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Die Daten verdeutlichen zugleich die Unterschiedlichkeit der Bewertung zwischen den Altersgruppen. Während über 70-Jährige zu 43 % für sich Gewinne sehen und zu 19 % Verluste, sind es bei den 50- bis 60-Jährigen 28 %, die für sich Gewinne, aber 35 %, die Verluste sehen. Es ist offensichtlich, dass sowohl die gegenwärtige Erwerbssituation als auch Zukunftsverunsicherungen (Alterssicherung) die Bewertung dieser Altersgruppe deutlich beeinflussen.

Überdurchschnittlich sehen Gewinne für sich:

- Männer (44 %) im Vergleich zu Frauen (32 %),
- Hochschulabsolventen (58 %) im Vergleich zu Facharbeitern (36 %),
- Beamte (60 %) und Selbstständige (53 %) im Vergleich zu Arbeitern (32 %),
- Familien in höheren Einkommensgruppen (69 % über 2.000 Euro) im Vergleich zu 17 % unter 750 Euro.

Eine überdurchschnittliche Verlustbewertung nehmen vor allem vor:

- Befragte zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr (35 % der 50- bis 60-Jährigen),
- Arbeitslose (54 %) und gegenwärtig in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigte (41 %),
- Bewohner von Gemeinden unter 1.000 Einwohnern (30 %) im Vergleich zu Großstädten (16 %).

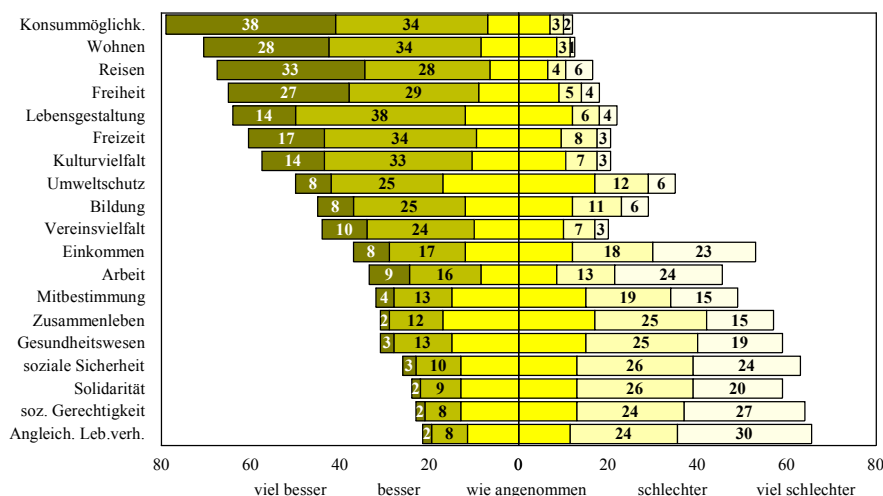


Die heute von den ab 35-jährigen Bürgern der neuen Länder getroffenen Aussagen über ihre Vorstellungen und Erwartungen, welche sie im Herbst 1989 hatten, belegen

- den hohen Stellenwert, den ein quantitativ und qualitativ verbessertes Warenangebot (50 %) ebenso wie das Reisen, d.h. der Wunsch auf Kennenlernen bis dato fremder Länder, für die Bürger hatte (48 % volle Zustimmung);
- die Zuversicht, dass mit dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation und dem Ende des kalten Krieges auch die Kriegsgefahr zwischen Ost und West beendet wird (45 %);
- die Erwartungen auf direkte persönlich-familiäre Kommunikation durch Zusammenfinden zwischen Familienangehörigen im weitesten Sinne (41 %), welche sich bei vielen rasch gab, aber auch die Möglichkeit spürbar verbesserter telefonischer Kommunikation (36 %);
- den Abbau aller Strukturen, welche Selbstbestimmung begrenzen, sei es durch Abbau staatlicher Bevormundung (34 %), den Wunsch, nicht mehr in einer Diktatur leben zu müssen bzw. zu wollen (33 %) oder den Abbau staatlicher "Beschnüffelung" (34 %);
- den Zugang zu Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben (30 %) im Bereich der Bildung (31 %), im Beruf (24 %) sowie durch entsprechende Entlohnung (bzw. Renten - 24 %) und Anerkennung der Leistung (17 %).

Alles in allem wurde ein Großteil der damaligen Erwartungen in höherem Maße erfüllt als angenommen - insbesondere bei den ab 35-Jährigen. Vor allem in den Bereichen Konsummöglichkeiten geben "viel besser/besser als angenommen" 72 % an, Wohnen 62 %, Reisen 61 % und Freiheit 56 %. Auf der anderen Seite wird die Bewertung "viel schlechter/schlechter als angenommen" vor allem angegeben bei der Angleichung der Lebensverhältnisse (54 %), bei sozialer Gerechtigkeit (51 %), der sozialen Sicherheit (50 %), dem Gesundheitswesen (44 %) sowie der Einkommensentwicklung (41 %) - alles Bereiche, die vom Einzelnen nicht bzw. nur bedingt beeinflussbar sind.

Abbildung 5: "Meine Erwartungen in der Wendezeit in Bezug auf mein Leben haben sich in den einzelnen Lebensbereichen ... erfüllt." (ab 35 Jahre) - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = trifft nicht zu/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)



Untersuchungen belegen über viele Jahre, dass die Bürger der neuen Bundesländer soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit in gleich hohem Maße in ihrem Leben für sehr wichtig/wichtig halten. Solidarität und Gleichheit nehmen - im Vergleich dazu - einen nachrangigen Platz ein. Die Auffassung, dass die Ostdeutschen generell der Gleichheit den Vorrang vor der Freiheit gäben, ist mit den vorliegenden Untersuchungen nicht nachweisbar.

Im Einzelnen werden von den Bürgern an die Spitze der Bewertungen gesetzt:

Tabelle 3: "Welcher der nachfolgenden Werte ist Ihnen am wichtigsten (Platz 1), wichtig (Platz 2) oder am wenigsten wichtig (Platz 5)?" - neue Bundesländer - 2009 - in Prozent -

	Platz 1 (sehr wichtig)	Platz 2 (wichtig)	Platz 3 (in mittlerem Maße wichtig)	Platz 4 (weniger wichtig)	Platz 5 (am wenigsten wichtig)	Durchschnitt der Plätze 1 bis 5
soziale Sicherheit	47	18	17	11	7	2,13
Freiheit	42	20	17	11	11	2,28
Gerechtigkeit	41	34	18	5	3	1,94
Solidarität	15	15	17	25	29	3,38
Gleichheit	15	15	17	23	30	3,36

Datenbasis: sfz/leben 2009 (gew.)

Soziale Sicherheit ist für 47 % an vorderster Stelle, **Freiheit** für 42 %, **Gerechtigkeit** für 41 %, **Solidarität** für 15 % und **Gleichheit** ebenfalls für 15 %.

Insgesamt ist jedoch hervorzuheben, dass die zwischen den einzelnen Grundwerten differenziert vorgenommenen Wertungen ein relativ hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Generationen erkennen lassen. Die Daten verweisen vor allem darauf, dass die genannten Grundwerte nicht als Gegensätzlichkeiten verstanden werden - im Sinne von Freiheit an Stelle von sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit statt Solidarität -, sondern als ein einheitliches Ganzes, in dem kein Element durch ein anderes "ersetzbare" ist. Dabei ist unbenommen, dass vom Einzelnen - als Reflexion seiner spezifischen Situation, aber auch der sozialpolitischen Verhältnisse - durchaus Rangfolgen, Prioritäten gesetzt werden, die den Stellenwert, den der Einzelne den Grundwerten zuordnet, ebenso wiedergeben wie aus seiner Sicht vorhandene Defizite in der wahrgenommenen Realisierung.



Die Bürger der neuen Bundesländer treten für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente ein, so durch Volksentscheide und direktdemokratische Elemente. 2009 sind nur 21 % der ab 18-jährigen Bürger der Auffassung, dass es reicht, alle vier bis fünf Jahre zur Wahl zu gehen, während 60 % fordern, über Abstimmungen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, einbezogen zu werden.

Die Wirksamkeit aktiven eigenen Handelns konzentriert sich insgesamt auf (Mit diesen Mitteln kann viel bzw. sehr viel zur gesellschaftlichen Veränderung beigetragen werden.):

- Aktivitäten mit breiter Beteiligung (Volksabstimmungen 57 %, Wahlen 48 %, Streiks 44 %),
- Mitarbeit in demokratischen Organisationen (38 %) und Institutionen (35 %),
- Unterschriftensammlungen, Geldspenden bzw. Demonstrationen werden geringere Wirksamkeit zugestanden (Erfahrungswerte). Das gilt auch für die Mitarbeit in Parteien,
- der Umgang mit neuen Medien (z.B. Internetforen - 8 %) ist sicher nicht nur weniger vertraut, sondern in seiner Wirksamkeit bisher für den Bürger nicht spürbar geworden.

Nicht zu übersehen ist auch, dass mehrheitlich davon ausgegangen wird, dass ohnehin die Wirtschaft den letztlich entscheidenden Einfluss auf die Politik hat (59 %).



Es gibt seitens der Bürger der neuen Länder eine hohe Demokratie Zustimmung. Demokratie halten 67 % der Bürger in ihrem Leben für sehr wichtig/wichtig, nur 10 % halten sie für weniger wichtig/unwichtig, für 20 % ist sie in mittlerem Maße wichtig (3 % ohne Antwort). Für Jüngere und Ältere ist sie wichtiger als für mittlere Altersgruppen.

Dem hohen Stellenwert von Demokratie entspricht nicht das erreichte Maß an Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie. Nur 11 % sind "sehr zufrieden"/"zufrieden", 43 % "teilweise zufrieden" und 42 % "unzufrieden"/"sehr unzufrieden" (5 % ohne Aussage). Davon ausgehend erwarten für die nächsten Jahre nur 9 % der ab 18-jährigen Bürger Verbesserungen, 46 % gehen von keinen Veränderungen aus und 34 % nehmen Verschlechterungen an (Männer, Arbeitslose).

Die im April 2009 durchgeführte Befragung verweist vor allem auf fehlende "Glaubwürdigkeit" von Politikaussagen vor der Wahl. Da in den neuen Ländern sowohl Europa- und Bundestagswahlen, in einigen Ländern darüber hinaus Landtags- bzw. Kommunalwahlen anstehen, ist die Aussage, dass 0,4 % - d.h. 6 Bürger von 1.919 Befragten, also nicht einmal 1 %!! - der Befragten den Aussagen der Politiker vor der Wahl glauben, äußerst bedenklich. 38 % der Bürger glauben ihnen nur teilweise. Sechs von 10 der Ostdeutschen (59 %) glauben den Aussagen der Politiker nicht (2 % enthalten sich der Stimme).



Die Verbundenheit der Bürger der neuen Bundesländer mit der Bundesrepublik Deutschland wird von fast der Hälfte als "sehr stark"/"stark" gekennzeichnet, von der anderen Hälfte als "wenig"/"gar nicht" (3 % ohne Antwort).

Bürger unter 30 Jahren haben ein deutlich höheres Maß der Verbundenheit mit der Bundesrepublik (53 %) als ältere. Dass die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen nur zu 38 % sich verbunden fühlt, ist offensichtlich Reflexion der sozialen Situation und der individuellen Entwicklung seit 1989. So geben auch Arbeitslose nur zu 32 % an, sich mit der Bundesrepublik verbunden zu fühlen. Mit steigendem beruflichen Abschluss nimmt der Anteil derer, die sich stärker verbunden fühlen, zu, ebenso wie mit steigendem individuellen und Haushaltsnettoeinkommen.

Die Bürger der neuen Bundesländer sind vor allem mit der Region Ostdeutschland stark verbunden (68 %) sowie ihrer Gemeinde/Stadt (62 %). Die Verbundenheit zum jeweiligen Bundesland (46 %) entspricht der Position zur Bundesrepublik. Die Verbundenheit mit Europa ist im Vergleich dazu mit 25 % gering ausgeprägt.



Insgesamt hat sich der Anteil der Bürger, welche sich als vollwertige Bundesbürger fühlen, seit 1997 (erstmalige Erhebung dieser Frage) deutlich erhöht. Unverkennbar aber auch, dass in den "Hoch"zeiten der Sozialreformen (2000 bis 2005) eine sinkende "Verbundenheit" festzustellen ist.

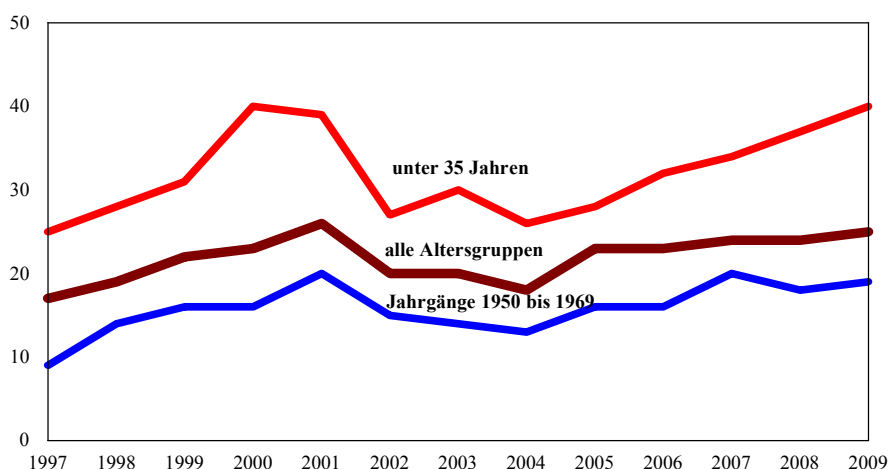
Tabelle 4: Subjektive Systemzuordnung - neue Bundesländer - 1997 bis 2009 - in Prozent -

	1997	2000	2002	2004	2006	2008	2009
als Ostdeutscher fühle ich mich bereits als richtiger Bundesbürger	16	21	20	17	21	22	25
als Ostdeutscher möchte ich am liebsten die DDR wiederhaben	10	6	10	13	14	11	10
ich möchte weder die DDR wiederhaben noch fühle ich mich in der Bundesrepublik schon richtig wohl	68	65	67	64	60	62	60
trifft nicht zu/ohne Antwort	6	8	3	6	5	5	5

Datenbasis: sfz/leben 1997-2009 (gew.)

Bei einer detaillierteren Betrachtung wird deutlich, dass das Gefühl, bereits richtiger Bundesbürger zu sein, besonders vom Alter beeinflusst wird. Vor allem jüngere Jahrgänge fühlen sich in höherem Maße bereits als Bundesbürger.

Abbildung 6: Fühlen als richtige Bundesbürger nach ausgewählten Altersgruppen - neue Bundesländer - 1997 bis 2009 - in Prozent - (nur Befragte mit getroffenen Aussagen)



Datenbasis: sfz/leben 1997-2009 (gew.)

Das betrifft z.B. im Jahr 2009 rd. 41 % der unter 30-Jährigen ebenso wie 30 % der ab 70-Jährigen. Es muss erneut hervor-gehoben werden, dass die geäußerte Position "die DDR wiederhaben zu wollen" weniger eine pauschale Forderung an Systemwiederherstellung noch "Restposten" von DDR-Bewusstsein ist. Das wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass diese Äußerungen vor allem an den Erwerbsstatus gebunden sind. Mit 26 % bei Arbeitslosen, 13 % bei Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen sowie 24 % bei Geringverdienenden liegen seit Jahren überdurchschnittliche Werte für "die DDR wiederhaben zu wollen" vor, die darauf verweisen, dass die Aussage vor allem in den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen wurzelt.

Die existenten Identifikationsdefizite bzw. die soziale Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der Entwicklung seit 1989 und ihre möglichen Ursachen lassen vier "Problemfelder" erkennen:

Erstens: Vor allem wird die nicht erreichte Angleichung der Lebensverhältnisse als eine Hauptursache der noch existen-ten Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der Entwicklung seit 1989 hervorgehoben (77 %). Damit wird bewusst auch eine weitergehende Aussage getroffen als deren Reduzierung auf "Einkommensangleichung" (72 %). Hier zuzuordnen wäre auch die starke Hervorhebung der Existenz zweier Teilgesellschaften Ost und West (60 %).

Zweitens: Die nicht hinreichende Akzeptanz des individuellen Lebensvollzugs in der DDR wird - weniger von Jüngeren, sondern vor allem von Älteren - als Grund für Unzufriedenheiten benannt. Das betrifft sowohl die Nichtanerkennung erbrachter Leistungen (54 %) als auch die einseitige Darstellung über das Leben in der DDR (49 %).

Drittens folgen - mit deutlichem Abstand - eine Reihe persönlicher Erfahrungen/Befindlichkeiten im Vereinigungsprozess wie geringe Mitwirkungsmöglichkeiten der Ostdeutschen (30 %), fehlende Würdigung der Leistungen der Ost-deutschen in diesem Prozess (22 %) sowie die Entwertung erbrachter kultureller und sportlicher Leistungen bzw. deren Abwertung (17 %).

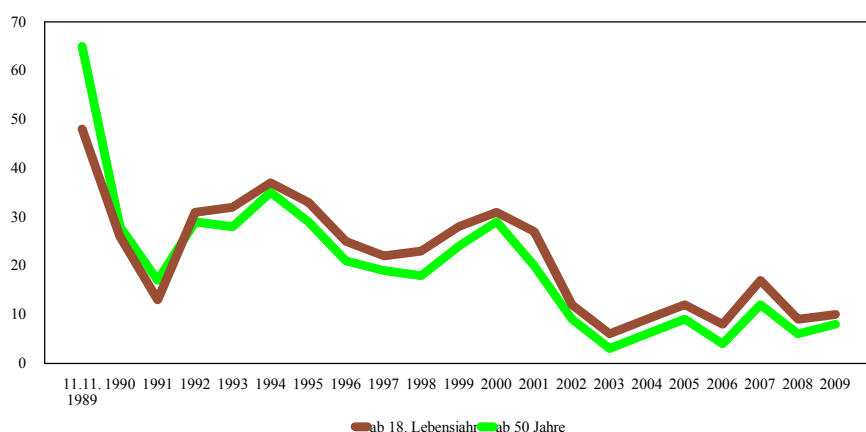
Viertens wird auch auf Verhaltensweisen von ostdeutschen Bürgern hingewiesen, die den Vereinigungsprozess erschwerten/erschweren, wie überzogene Erwartungen (17 %), mangelnde Anpassungsbereitschaft (10 %) sowie fehlende Dankbarkeit (3 %).



Zum Jahreswechsel 1989/90 waren es überwiegend Hoffnungen auf eine andere Zukunft, welche die 16,4 Millionen Bürger der DDR mit der friedlichen Revolution verbanden.

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von steigenden Hoffnungen (1989/90, 1991 bis 1994 sowie 1997 bis 2000) und zunehmenden Befürchtungen (1990/91, 1994 bis 1997, 2000 bis 2003, 2005 bis 2008). Insbesondere unter den ab 50-jährigen Bürgern sind die Hoffnungen immer geringer als bei der erwachsenen Bevöl-kerung insgesamt, nicht zuletzt aufgrund der spezifischen Arbeitsmarktsituation der "Vorrentner", aber auch der geringen Chancen auf eigenständige Absicherung des "Lebensabends". Das Jahr 2003 mit seinen in der Agenda 2010 angekündigten und realisierten Einschnitten in den Lebensstandard und den damit verbundenen Verunsicherungen war von gravierendem Einfluss auf die Zunahme von Befürchtungen, die zwar inzwischen wieder relativiert wurden, aber immer noch dem allge-meinen Trend folgen.

Abbildung 7: In Bezug auf die weitere Entwicklung haben **vor allem Hoffnungen** - neue Bundesländer - 1989 bis 2009 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1991-2009 (gew.)/ISS Blitz 1, 11. November 1989; Der Spiegel Ende 1989

Steigende positive Zukunftserwartungen wurden im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998 sichtbar - Wahlversprechen Glauben schenkend (insbesondere 1998/99). Von den "blühenden Landschaften", über die Rentenangleichung bis zum Jahr 1995 sowie ständigen "Halbierungs"-versprechungen zur Arbeitslosigkeit reicht die Palette Hoffnungen erweckender Äußerungen führender Politiker. Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden Hoffnungen auf Verbesserungen zunächst nur mit äußerster Vorsicht gemacht und auf weite Horizonte verschoben. Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. Ehe der seit 2007/2008 verkündete Aufschwung die Massen erreichte, fiel die Wirtschaft in die Finanzkrise.